

Stadtverwaltung Mössingen
Frau Heidrun Bernhard
Freiherr-vom-Stein-Straße 20

72116 Mössingen

Mössingen, 13.01.2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Frau Bernhard,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,

vor dem Hintergrund der schwierigen Finanzsituation der Stadt hat die Verwaltung einen Haushalt mit Vorsicht und Augenmaß vorgelegt. Die CDU-Gemeinderatsfraktion akzeptiert, dass für Mössingen im anbrechenden Jahr 2021 und auch im Folgejahr finanziell keine großen Sprünge möglich sein werden. Unser Hauptvorschlag zielt deshalb darauf ab, diese Problematik mittel- und langfristig zu verbessern.

Antrag 1: Höhere Gewerbesteuereinnahmen machen Mössingen zukunftsfähig:

Im Stellenplan wird eine Stelle in A13/E13 für eine/n Gewerbeansiedlungs-Manager/in geschaffen. Die Stelle wird entweder als Stabsstelle oder im Bereich Stadtentwicklung angesiedelt. Kernaufgabe wird sein, gemeinsam mit der Bauverwaltung die Entwicklung neuer Gewerbeflächen voranzutreiben und Firmen aus Zukunftsbranchen dort anzusiedeln. Dafür wird sie mit Kompetenzen ausgestattet, gezielt passende Firmen anzusprechen und über eine Ansiedlung in Mössingen zu verhandeln.

Begründung:

Die Corona-Pandemie hat die strukturellen Probleme des Mössinger Haushalts deutlich offen gelegt. Das gesamte städtische Haushaltsvolumen (Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt) betrug im Jahr 2020 rund 65 Millionen €, also 3.200 € pro Einwohner. Damit erreicht Mössingen gerade mal 3/4 des Durchschnitts der Großen Kreisstädte im Regierungsbezirk Tübingen. Mössingen gibt also pro Einwohner deutlich weniger aus als andere vergleichbare Städte in der Region. Das liegt nicht am Geiz der Stadtverwaltung oder des Gemeinderates, sondern an zu geringen Zuflüssen bei der Gewerbesteuer: pro Einwohner hat Mössingen im Jahr 2020 rund 400 € an Gewerbesteuer erwirtschaftet. Der Durchschnittswert aller Großen Kreisstädte im Regierungsbezirk Tübingen betrug dagegen fast 800 €. Und das war auch in den Jahren vor Corona ähnlich.

Aufgrund seiner attraktiven Lage in der Region Neckar-Alb und seiner Nähe zur Region Stuttgart müsste Mössingen eigentlich überdurchschnittliche Gewerbesteuereinnahmen pro Einwohner erzielen. Dazu wäre mittel- bis langfristig eine Steigerung der Gewerbesteuereinnahmen von derzeit 8,2 auf etwa 20 Millionen € pro Jahr erforderlich. Um dies zu erreichen, bedarf es zusätzlich zur Arbeit des Wirtschaftsförderer, der in der

Bestandspflege einen sehr guten Job macht und dessen Einsatz zur Überwindung der corona-bedingten Schwierigkeiten der Gewerbetreibenden dringend nötig sein wird, dringend einer weiteren qualifizierten Vollzeitkraft.

Eine Stelle A13/E13 kostet die Stadt brutto zwischen 70.000€ und 90.000 €. Wir gehen davon aus, dass wir diese Stelle ab Mitte des Jahres finanzieren müssten und dass wir auch im kommenden Jahr keinen unmittelbaren finanziellen Nutzen davon haben dürften. Ab 2023 erwarten wir aber einen finanziellen Effekt, der die Kosten der Stelle mehr als ausgleicht.

Antrag 2: Parallelbetrieb ist unnötiger Luxus.

Die CDU-Fraktion beantragt, die parallele Nutzung von elektronischen Geräten und Papier in der Arbeit des Gemeinderates zu beenden.

Begründung: Zum Jahreswechsel 2015/16 wurden Stadtverwaltung und Gemeinderäte mit elektronischen Endgeräten ausgestattet, um die Verwendung der Ressource Papier und die damit verbundene Arbeit zu reduzieren. Dazu hatte der Gemeinderat am 04. Mai 2015, einem Vorschlag der CDU-Fraktion folgend, in Position 4 zu TOP 5 einstimmig beschlossen, dass ab Januar 2016 „die Gremienarbeit ausschließlich digital und ohne Papierversand“ erfolgen solle.

Inzwischen arbeiten wir 5 Jahre mit dem neuen Medium. 1/3 aller Gemeinderäte kennt die Arbeit gar nicht anders. Dennoch stellt die Stadtverwaltung den Gemeinderäten auf Wunsch beispielsweise den Haushalt weiter in Papierform zur Verfügung. Wir halten das für unnötige Parallelarbeit und schlagen vor, dies nach der vergangenen ausgiebigen Eingewöhnungszeit jetzt zu beenden. Auch die Information über abgehaltene Fraktionsbesprechungen und die Abrechnung der Entschädigung kann und soll auf elektronischem Weg erfolgen.

Das Einsparpotential dieser Entscheidung können wir nicht beziffern. Aber im System der Doppik ist nichts mehr umsonst, nur weil jemand da ist, der es macht. Wir Gemeinderäte signalisieren mit dieser Entscheidung, dass wir bereit sind, auch in unserem Bereich Einsparungen vorzunehmen.

Antrag 3: Was noch gut ist kann noch bleiben:

Die Position 14 im Teilhaushalt 1, Abschnitt 1111, wird um 24.000 € auf 11.500 € gekürzt. Die für 2021 geplante Anschaffung neuer Tablet-Computer für den Gemeinderat wird um mindestens 1 Jahr, gegebenenfalls auch länger, verschoben.

Begründung: Ein Grund, hochwertige Tablets von Apple zu kaufen, war, dass diese langfristig nutzbar sind. Die meisten unserer Tablets funktionieren weiterhin einwandfrei. Das Programm Mandatos läuft unverändert problemlos und benötigt keine zusätzlichen Ressourcen. Einzig die Akku-Laufzeit macht bei einzelnen Tablets Probleme, die sich aber mit der Bereitstellung einiger gut geladener Powerbanks in der Sitzung kostensparend überbrücken ließen.

Mit dem Verzicht auf die Neuanschaffung entlasten wir den Haushalt 2021 um 24.000 € und zeigen erneut, dass wir nicht nur bei Anderen sparen.

Für die CDU-Gemeinderatsfraktion

Dr. Andreas Gammel

